

Weder Hitler noch Papen

Was wir vorangegangen haben, ist eingetreten. Die im Gesamtinteresse der Bourgeoisie erfolgte Ablehnung der Kanzlerschaft Hitlers durch Hindenburg wird vom „Vorwärts“ dazu benutzt, um neue Rebellenkosten zur Verschleierung der wahren Rolle der Papen-Schleicher-Diktatur zu erzeugen. Den sozialdemokratischen Arbeitern, die im wachsenden Maße gegen den Hindenburgkurs ihrer Partei rebellieren, soll eingedroht werden, Hindenburg habe dem gesamten sozialistischen Kurs eine prinzipielle Abjage erteilt. Unter der Ueberschrift: „Für uns zum Feind!“ schreibt das Zentralorgan der SPD am 14. August:

„Der Reichspräsident hat es abgelehnt, der nationalsozialistischen Bewegung die ganze Staatsgewalt auszuliefern, da sie diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. In diesen Worten liegt die allergrößte Verurteilung des seit dem 1. Juli betriebenen Regierungskurses, denn auch eine nationalsozialistische Partieregierung könnte ihre Macht kaum noch einseitiger anwenden, als das die bisherige deutsch-nationale Partieregierung getan hat.“

Ein Blick in die Presse der Großbourgeoisie genügt, um diesen Schwund zu entlarven und jedem sozialdemokratischen Arbeiter aufzuzeigen, daß die Ablehnung Hitlers als Kanzler gerade im Interesse der Sicherung der kapitalistischen Diktatur erfolgt ist. Wie jetzt bekannt wird, hat Hitler in seiner Unterredung mit Hindenburg dieselbe Stellung für sich beansprucht, wie sie Mussolini nach dem Marsch auf Rom erhalten hat. Der entscheidende Teil der Bourgeoisie, der die Unterschiede zwischen Deutschland und Italien richtig einschätzt, lehnt es ab, den Prozeß der Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch Methoden fören zu lassen, die den Klassenträgern in Deutschland nicht entsprechen. Im Hinblick darauf schrieb die Schwerindustrie „D.A.Z.“ bereits einige Tage vor den entscheidenden Verhandlungen, daß ein Hitler-Kabinett schon deshalb abgelehnt werden müsse, weil es als „Kampfregerierung gegen große Teile des Volkes“ betrachtet werden würde. Die Schwerindustrie fürchtet, eine Hitler-Regierung würde besonders die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder noch schneller ins Lager der Antifaschistischen Aktion hineintreiben.

Besonders klar spricht sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ darüber aus, wie sich die Bourgeoisie die Fortsetzung des faschistischen Kurses denkt und welche Rolle die Nazipartei dabei spielen werde. Sie verweist auf das Programm, das von Gaizi in seiner Verfassungsrede entwidmet hat, und auf die praktischen Vorbereitungen, die zur Verschlechterung des Wahlrechts, zur Auschaltung des Reichstags durch ein Herrenhaus und zur Durchführung der sozialistischen „Reichsreform“ gegenwärtig getroffen werden. Dann heißt es wörtlich:

„Wegen die siegreich vorstürmende nationale Bewegung Männer vom Schlag eines v. Gaizi die Bahn frei macht für ihre vaterländische Arbeit, dann hat sie ihren Zweck erfüllt, dann segen für Gefühl und Leidenschaft in nationale Tat um, dann kommen wir weiter!“

Hitler wird also auf die Rolle verwiesen, mit brutalem Terror gegen die Arbeiterschaft die Bahn freizumachen für die unumstößliche Durchführung der faschistischen Kapitalsdiktatur, ohne sich dabei durch Übernahme der Regierungsmacht der Gefahr auszuladen, seinen durch struppelige Demagogie erworbenen Masseneinfluss zu verlieren. Auch die nazirealistische „Berliner Börsenzeitung“ beschwört Hitler, vorerst mit dieser Rolle zufrieden zu sein und der Papen-Regierung, die „in Preußen mit eisernen Beinen den Kängel schwärzroter Koalition hinweggefegt“ habe, die Möglichkeit zu geben, jetzt „auch im Reiche rasch die in der faschistischen Rede vom 11. August angekündigten Grundlagen einer Reichsreform zu schaffen“.

Es gibt aber noch andere Gründe, die es für die Bourgeoisie unzweckmäßig erscheinen lassen, Hitler nach dem Beispiel Italiens die gesamte Regierungsgewalt zu übertragen. So befürchtet man besonders im Hinblick auf die starken antikapitalistischen Stimmungen unter der Nazi-Anhängerschaft, daß Hitler als Diktator unter dem Druck seiner demagogischen Versprechungen zu solchen Maßnahmen gedrängt werden könnte, die dem Gesamtinteresse der Bourgeoisie zumüllerden. Ferner spielt die starke Kritik an Hitler der Tuttetkrippen eine Rolle. So schreibt die „Böhmische Zeitung“, die Erfüllung derforderungen Hitlers hätte bedeuten, daß „Hitler die Ministerien nach Belieben mit seinen Parteigängern, die Stellungen in der Verwaltung nach Belieben mit Nationalsozialisten hätte besetzen dürfen, daß die SA-Formationen nach dem Muster der faschisten als Miliz aufgestellt worden wären, hinter die die Reichswehr hätte zurücktreten müssen, übrigens mit Haftpflicht der Reichswehr gegenüber den Chargen der SA.“ Hitler wird trotz Ablehnung seines Wunsches, jetzt schon als Musolini auftreten zu können, seine Schwerindustriellen Geldgeber nicht enttäuschen. Welche schneppositionellen Manöver er auch jetzt gegen die Papen-Regierung durchführen mag, alle faschistischen Maßnahmen, die gegenwärtig vor der Papen-Schleicher-Diktatur mit der größten Beichtleutigung gegen das wertvollste Volk durchgeführt werden sollen, werden die aktivste und kraftsfächste Unterstützung der NSDAP finden.

Alle antifaschistischen Kämpfer müssen helfen, das neue sozialdemokratische Münden zu durchkreuzen. Die Führer der „Eisernen Front“ bezeichnen die Papen-Schleicher-Diktatur als „kleineres Übel“ um unter der Arbeiterschaft für die Tolerierung und Unterstützung derselben Stimmung zu machen. Gestern hat das Reichskabinett begonnen, die neuen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft zu beraten. Im Mittelpunkt stehen dabei die faschistische „Umgestaltung“ der Tarifverträge, der weitere Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung und die generelle Einführung der Zwangsarbeit. Die SPD hofft weiterhin die soziale Hauptstütze, die der Bourgeoisie die Durchführung dieser Maßnahmen dadurch zu ermöglichen versucht, daß sie ihre ganze Kraft einlegt, um die entscheidenden Schichten des Proletariats vom außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus abzuhalten. Das und nichts anderes ist auch der Zweck der Anträge, die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum „Umbau der Wirtschaft“ eingebbracht werden.

Die Antifaschistische Aktion ist die einzige organisierte Kraft, die imstande ist, die Verwirklichung der neuen Pläne der Papen-Schleicher-Diktatur zu verhindern. Sie wird sie verhindern, wenn es ihr gelingt, die entscheidenden Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder von der Politik ihrer Partei loszulösen und für die rote Einheitsfront der Tat zu gewinnen. Deshalb: Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!

Polizeiliche Haussuchungen im Gefolge

Erfurt, 15. August. (Eig. Bericht.) Heute vormittag haben erneut Haussuchungen bei Funktionären in Erfurt stattgefunden. Gefunden wurde nichts. Es wurden nur einige Brochüren beschlagnahmt.

Gesamte kommunistische Rhein- und Ruhr-Presse verboten

„Freiheit“-Düsseldorf, „Sozialistische Republik“-Köln, „Ruhr-Echo“-Essen, „Thüringer Volksblatt“ auf 10 Tage verboten!

Der Oberpräsident der Rheinprovinz Fuchs hat die gesamte Rhein- und Ruhr-Presse der Kommunistischen Partei in der Zeit vom 15. bis zum 24. August einschließlich verboten. Das Verbot erfolgte wegen der Stellungnahme zu der Motoverordnung der Papen-Regierung.

In der Begründung heißt es:

„Der Artikel besteht sich mit der bekannten, seitens des Reichspräsidenten in den letzten Tagen erlassenen Verordnung gegen politischen Terror und politische Ausschreitungen. Dabei werden Schritte im Interesse der öffentlichen Sicherheit vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen in derart gehässiger Weise bezeichnet, daß diese Neuerungen weit über das Maß der im Interesse der Staatsautorität zulässigen Kritik hinausgehen und als grobe Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers sowie des ebenfalls ausdrücklich genannten Reichswirtschaftsministers anzusehen sind. Die Beschimpfung und Verächtlichmachung dieser höchsten leitenden Organe des Reiches wird insbesondere dadurch beweist,

dab ihnen in bewußt verunglimpfender Weise die unschärfsten und unwesentlichsten Motive ihres von der Verantwortung für das Staatsganze getragenen Handlungen unterstellt werden.“

Erfurt, 15. August. (Eig. Bericht.) Der von Dr. Röhl eingesetzte Kommunallche Oberpräsident für die Provinz Sachsen hat das „Thüringer Volksblatt“, Organ der Kommunistischen Partei für Groß-Thüringen, auf die Dauer von 10 Tagen, und zwar bis einschließlich 23. August, verboten.

Vier kommunistische Tageszeitungen an einem Tage verboten. Ein neuer Feldzug gegen die kommunistische Presse beginnt, wie das der Berliner Polizeipräsident mit seiner Verwarnung an die „Rote Fahne“ ebenfalls dokumentierte.

Arbeiter, verteidigt eure Presse! Werbt unermüdlich für die kommunistische Tageszeitung. In der Betriebswoche der Antifaschistischen Aktion die „Rote Fahne“ in alle Betriebe! Werbt neue Abonnenten!

45 Arbeiter droht Urteil des Sondergerichts

Blitzprozeß über den Ohlauer Blutsonntag

Gestern begann in Bregenz in Schlesien der erste Prozeß vor dem Sondergericht. Das Sondergericht will 45 Arbeiter, darunter zwei Arbeiterinnen, wegen der Vorfälle am Blutsonntag in Ohlau verurteilen. Am 10. Juli kam es bekanntlich in Ohlau zu schweren Überfällen und Erschießen der Nationalsozialisten gegen die Ohlauer Arbeiterschaft. Bei der Abwehr der nationalsozialistischen Überfälle wurden zwei SA-Leute getötet und zahlreiche Arbeiter schwer verletzt.

Das Gerichtsgebäude ist durch ein starkes Gendarmerie- und Schutzpolizei-Abwehr abgesiegelt und gesichert.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die 45 Arbeiter, die zum größten Teil dem Reichsbanner angehören, Anklage wegen Landfriedensbruch, schwerem Landfriedensbruch und gegen einige noch wegen Mordesversuch erhoben. In diesem Prozeß wird noch nicht verhandelt wegen der Tötung der beiden Nationalsozialisten. Dazu soll ein besonderes Verfahren stattfinden. Bis jetzt sind 150 Zeugen geladen, darunter ungefähr 60 Zeugen, die die Vertheidigung zur Entlastung stellt.

45 Arbeitern droht das Urteil des Sondergerichts. Das erste Sondergericht, das in Deutschland stattfindet, wird nicht nationalsozialistische Mörderbanden aburteilen, sondern Arbeiter, die sich

gegen die schiessenden und siegenden SA- und SS-Horden zur Wehr gestellt haben.

Reichsbannerarbeiter sollen abgeurteilt werden. Und der „Vorwärts“ findet heute kein Wort, um diese Tatsache mitzuteilen. Der „Abend“ hält es nicht für nötig, auch nur eine Zeile dem großen Prozeß in Bregenz zu widmen. Sozialdemokratische Arbeiter erwarten ein Schiedensurteil. Aber das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei nimmt dazu nicht Stellung.

Arbeiter Berlins! Erhebt die Stimme des Protestes. Jede in allen Betrieben und auf den Stempelstellen Protestentschließungen. Sendet Protesttelegramme an das Sondergericht. Massenprotest gegen das drohende Schiedensurteil.

Hitlers Angriff vom 5.1.-Rebellion

Auji-Spektakel gegen die Hugenberg-Konferenz / 52. und 53. in Bremen gefüllt

In Bremen drei SA-Stürme aufgelöst!

Der „Angriff“ ist außer sich darüber, daß die entscheidenden Kräfte der Bourgeoisie die Auslieferung der gesamten Regierungsmacht an Hitler abgelehnt haben. Besonders wütend templet er die deutshaziatische Bundesgenossen von der Hamburger Front an, wobei er sich zu folgenden Säulen versteigt:

„Sie sind im Augenblick gefährlicher als je selbst der Marzismus und müssen ebenso wie dieser in die Knie gezwungen werden... Das geheimzüchtige Büschlein des Herrn Hugenberg allein bietet auch noch keine geeignete Plattform für eine Regierung. Diese Grundlage wäre zu schwach.“

Herr Hugenberg wird keinen Grund sehen, diese Ausschüttung tragisch zu nehmen. Sie sind nur ein neuer Beweis für die grenzenlose Demagogie, mit der die Nazis ihre enttäuschten Anhänger jetzt bei der Stange zu halten versuchen. Während die Nazis ihre Hugenberg-Venfe als „revolutionäre Dolmetscher“ bezeichnen, mit denen „ressels aufgeräumt“ werden müsse, rufen sie mit den selben Dolmetschern einträchtig in den Regierungen von Braunschweig, Oldenburg und Niedersachsen, um mit ihnen gemeinsam die Motiverordnungen der Papen-Schleicher-Diktatur durchzuführen.

Inzwischen beginnt die große Enttäuschung, die unter der SA über den Ausgang der Wahlens Platz geprägt hat, und die jetzt durch die Ablehnung der Kanzlerschaft Hitlers noch erheblich verstärkt wird, ihre Wirkungen zu zeigen. In der Privatzwischenzeit von Goebbels hat Sonnabendnacht eine Bürgerversprechung der SA und SS festgestellt, in der sich eine starke Stimmung für das „Siegeln um jeden Preis“ bemerkbar machte. Doch angesichts der gegenwärtig durchaus ablehnenden Haltung der herrschenden Klasse gegenüber solchen Aktionen hofft man es für zweckmäßiger, davon Abstand zu nehmen und die SA und SS vorläufig in Urlaub zu setzen. Man hofft auf diese Weise geschlossene Zusammensetzung der SA hinauszuschieben und die wachsende Oppositionsbewegung einzudammen zu können.

Charakteristisch für die Stimmung in der SA sind folgende Meliorungen: In Bremen werden dieser Tage drei SA-Stürme von den Standartenführern wegen Disziplinbruch aufgelöst. Der Disziplinbruch bestand in der offenen Rebellion gegen den Hitler-Kurs. Nur die Versprechungen, daß die Nazis am Vorabend der Macht stünden und der sozialistische Gauleiter Helmut Brückner Oberpräsident von Bremen werden würde, hätten die SA-Lerche bis jetzt bei der Stange gehalten. Unter den SA-Leuten wird erstaunt diskutiert, wobei sie offen erklären: „Wir müssen Kohlcampf besiegen, während die Bonzen freuen und laufen.“

Die Niederschlagszonen bei Wittenberg und seit länger Zeit etwa 150 SA-Leute einquartiert, die im Festein des Schlosses Fürstenstein auf Strom lämpieren müssen, während die SA-Führer in den Dauerkabinen des Fürsten von Pleß schlafen. Zwanzig SA-Leute aus Striegau und Schweidnitz meuterten gegen den militärischen Drill und die Behandlung durch den

Standartenführer. Sie verließen die SA-Kaserne und gingen nach Hause.

Auf Grund von Veröffentlichungen der „Neuen Zeitung“, München, sind jetzt zehn SS-Männer aus der Nazipartei ausgetreten. Offen wird darüber gepronostiziert, daß bis jetzt immer nur Arbeiter geschlossen werden müsse, während noch keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmmt worden sei. Bei einem Appell haben sie eine Anzahl SS-Leute geweigert, die Stoffelmarke zu bezahlen. Aus Hamburg wird folgendes gemeldet: Ein Sturmführer aus Eppendorf erklärte: „Wir sind durch die Wahl so entzweit und hätten nicht erwartet, daß die Kommune so zunimmt. Wenn in vier Wochen unsere Politik nicht geändert wird, dann gehen wir zur Kommune.“ Technische Meldungen liegen aus den SA-Stürmen von Barmbek und Eilbek vor.

Wenn der „Angriff“ gestern schreibt, daß man vielleicht in Kürze schlechthin vor den Nazis erbitten würde, was man ihnen am Sonnabend verweigerte, so wird das nichts daran ändern, daß immer größere Teile der proletarischen Nazi-Anhänger einfach die Augen darüber aufgehen, daß sie sich nicht länger als Tribut- und Motiverordnungstrete von der kapitalistischen Diktatur missbrauchen lassen dürfen.

Wieder eine Nazimordfrage geplündert

In Eilenburg bei Leipzig wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Juli der SA-Scharführer Joachim Rasties, der zu einer nationalsozialistischen Klebefolonne gehörte, ermordet. Die gesamte Nazipresse entfaltete eine wilde Hetze gegen die Kommunisten. Der Lügen-„Angriff“ schreibt unter der zweipoligen Überschrift:

„SA-Mann Rasties geweuelt — Zahne im Feigen der Trauer. — Wolf Hitler gegen den roten Brandmerd.“

15 Kommunisten wurden unter dem Verdacht, die Täter zu sein, verhaftet. Die Untersuchung führte aber zu einem sensativen Ergebnis. Die verhafteten Kommunisten wurden am 13. August aus der Haft entlassen. Eine Anzahl Schweißer SA-Leute wurden festgenommen. Nach dem angestellten Stand der Vernehmung, so wird amtlich mitgeteilt, könne als erwiesen angesehen werden, daß Rasties das Opfer eines Terrors geworden sei und von einem Schweißer SA-Mann, der der Eilenburger Klebefolonne der NSDAP zum Schutz folgte und in dem ihm unbekannten Rasties offenbar einen Parteigegner vereute, erschossen wurde.

Mit dieser amtlichen Erklärung ist wieder eine „Mord“-Lüge der Nazibanditen gründlich erledigt.